

Millenniums-Entwicklungsziele – MDGs

Beim Millenniums-Gipfel im September 2000 in New York unterzeichneten 189 Regierungen in seltener multilateraler Einmütigkeit die Millenniums-Erklärung. In diese Erklärung gingen die Millenniumsziele (*Millenium Development Goals* – MDGs) ein, die zuvor ein Expertenteam der Vereinten Nationen (UN) in Zusammenarbeit mit den *Bretton-Woods*-Institutionen und der OECD unter dem Titel „A Better World for All“ formuliert hatte. Sie sollen zur „Lösung der dringlichsten Menschheitsprobleme“ bis zum Jahr 2015 führen.

Die Kombination der Millenniumserklärung als normativem Rahmen mit den Entwicklungszielen als operativen Koordinaten erfüllte für die UN eine mehrfache Legitimationsfunktion. Zum einen bestätigten sie durch eine emphatische Aktualisierung ihrer entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aufgaben in Kohärenz mit den neoliberalen Agenden der Internationalen Finanzorganisationen und der WTO ihren Anspruch als *Global-Governance*-Regime. Die Millenniumserklärung geht von einem „Recht auf Entwicklung“ aus, knüpft an die Ziele der großen UN-Konferenzen der 1990er Jahre an und stellt sie in den wirtschaftspolitischen Rahmen von Freihandel und Marktöffnung.

Die „Road Map“ zu den Zielen hält am zentralen Dogma des neoliberalen Paradigmas fest, dass „dauerhaftes und flächendeckendes Wachstum Voraussetzung für Entwicklung und Armutsminderung“ und Marktliberalisierung die universelle Rezeptur dafür sei.

Zum anderen gab die Armutsorientierung der MDGs der Entwicklungshilfe und ihrer öffentlichen Finanzierung nach der „Hilfemüdigkeit“ seit dem Ende des Kalten Krieges ein sinnstiftendes Leitmotiv. Nach einer Serie gescheiterter Entwicklungskonzepte stellt die Fokussierung auf Armutsreduktion und Grundversorgung als das Wesentliche von Entwicklung einen Versuch dar, die Nord-Süd-Kooperation zu restaurieren. Die Reduktion von entwicklungspolitischer und gesellschaftlicher Komplexität auf acht Kernelemente führte zu dem

Die acht MDGs

- 1) Beseitigung von extremer Armut und Hunger
- 2) Primarschulbildung für alle
- 3) Förderung von Geschlechtergleichheit und *Empowerment* von Frauen
- 4) Reduzierung der Kindersterblichkeit
- 5) Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- 6) Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
- 7) Ökologische Nachhaltigkeit
- 8) Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

gescheiterter Entwicklungskonzepte stellt die Fokussierung auf Armutsreduktion und Grundversorgung als das Wesentliche von Entwicklung einen Versuch dar, die Nord-Süd-Kooperation zu restaurieren. Die Reduktion von entwicklungspolitischer und gesellschaftlicher Komplexität auf acht Kernelemente führte zu dem

raschen politischen Konsens über die MDGs, ihrer Popularität und der Hoffnung auf Machbarkeit.

Die acht Ziele kommen mit 16 (meist) terminierten Unterzielen und 48 quantitativen Indikatoren dem Anspruch der Anwendbarkeit sowie der Mess- und Überprüfbarkeit entgegen. Zwar geht die Millenniumserklärung von einer globalen Verantwortung für Armutsbekämpfung aus, doch die Zuständigkeit für die Umsetzung der MDGs wird vor allem den Entwicklungsländern in Form „nationaler Ziele“ und als Bestandteil von *Good Governance* zugeschrieben. Sie sollen Armut durch öffentliche Investitionen in soziale Basisversorgung und Umweltschutz reduzieren. Die Summe der quantitativen Verbesserungen soll dann die Halbierung der Anzahl extrem armer und hungernder Menschen bis 2015 bewirken – gemessen indes am Jahr 1990. Nur das achte MDG einer „globalen Partnerschaft für Entwicklung“ bezieht sich explizit auf die Geberländer und thematisiert Handelsbeziehungen und Verschuldung, allerdings in denkbar vager Form und ohne Zeitziele.

Armutsbekämpfung ist in den MDGs als Frage zielgerichteter Investitionen und materieller Verbesserungen konzipiert. Inhaltlich und quantitativ sind die Ziele freilich durchaus bescheiden und fallen sogar hinter die Zielformulierungen früherer UN-Programme zurück. Der *top-down*-Interventionsansatz ist zudem ein Gegenstück zu entwicklungspolitischen Konzepten der Selbsthilfe, der Partizipation und des *Empowerment*.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen im Süden kritisieren das Halbierungsziel als politischen Zynismus, weil es von strukturellen Armutsursachen, sozialen Ungleichheiten, Verteilungsmechanismen und Machtverhältnissen im globalen und nationalen Maßstab abstrahiert. Aus handels-, geschlechter-, umweltpolitischer oder indigener Perspektive wurde bemängelt, dass die MDGs nicht von menschenrechtlichen Ansprüchen ausgehen, sondern ein verkürztes und quantifiziertes Armutsverständnis zugrundelegen. Damit werde von neuen Armutsformen in Osteuropa, von Armutsursachen in der neoliberalen Globalisierung aber auch von Strategien struktureller Veränderung und Umverteilung abgelenkt.

Gerade die Kombination von scheinbar klarer Zielgerichtetheit und Ausblendung der multidimensionalen Ursachen führte zu dem hohem Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, Akzeptanz und auch zu finanziellen Zusagen. Häufig werden jedoch lediglich Mittel aus anderen Programmen und aus der Umsetzung von UN-Aktionsplänen umgewidmet. Drei Jahre lang untersuchte das „UN Millennium Projekt“, eine Legion von ExpertInnen unter Leitung des US-Ökonomen Jeffrey Sachs, Mobilisierungsmöglichkeiten und Umsetzungsbedingungen für Regierungen und Zivilgesellschaften. Es kam 2005 zu dem Fazit, die Umsetzung hinke bereits erheblich hinter den Zeitzielen her, sei aber mit einer großen Finanzanstrengung bis 2015 doch noch machbar.

Die öffentliche *Hype* um die MDGs und ihre Erfolgsgeschichte fand ihren Höhepunkt im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels 2005 in New York. Dort wurde das MDG 3 der Geschlechtergleichstellung um einige wirtschaftliche und rechtliche Aspekte erweitert, vor allem um das von Frauennetzwerken geforderte Ziel reproduktiver Gesundheit. Der Gipfel erklärte die Finanzierungsfrage erneut zum strategischen Knackpunkt für die Umsetzung der MDGs und bekräftigte die Absichten, dafür Schulden zu erlassen und die Privatwirtschaft einzubinden. Verbindliche Zusagen zur bereits 1970 anvisierten Steigerung der Mittel aus der *Official Development Assistance* (ODA) auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts, zur Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente und zu mehr Entwicklungsfairness in der Welthandelsordnung gab es jedoch nicht.

Damit brachte der Millennium+5-Gipfel keinen Glaubwürdigkeitsgewinn für die UN und den politischen Willen der Regierungen. Stattdessen wurde die Unzulänglichkeit der MDG-Strategie offensichtlich. Obwohl sie in der bi- und multilateralen Entwicklungspolitik als Zielorientierungen beibehalten werden, erlebten die MDGs nach dem Gipfel einen markanten Aufmerksamkeitsverlust in der Weltöffentlichkeit.

Christa Wichterich

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

270 Pessimismus des Verstandes - Optimismus des Willens

B.RÖTTGER Passive Revolution und Krise der Gewerkschaftspolitik

G.LUDWIG Hegemonie und die Produktion sexuierter Subjekte

D.BOOOTHMAN Gramsci und der Islam

U.APITZSCH & P.KAMMERER Gramscis Biographie aus der Perspektive der Gefängnisbriefe

A.GRAMSCI & T.SCHUCHT Drei Briefe

G.BARATTA Prosa und Poesie in den Gefängnisbriefen

außerdem: E.Wulff, M.Naumann, P.U.Hohendahl u.a.m.

271 Zu Politik und Theorie einer neuen Linken

I.SOLTY Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei

F.HAUG Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik

W.F.HAUG Axiome eines Neuanfangs. Über die philosophische Aktualität von Karl Marx

außerdem:

F.JAMESON Kulturrevolution

D.SUVIN Im Innern des Walfischs oder Wie leben, wenn der Kommunismus eine Notwendigkeit, aber keine Gegebenheit ist?

L.WACQUANT Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität

M.CANDEIAS Das »unmögliche« Prekariat. Antwort auf Wacquant u.a.m.

ARGUMENT Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel.: +49-(0)30-6113983, Fax: +49-(0)30-6114270, versand-argument@t-online.de, www.argument.de

Redaktion DAS ARGUMENT, c/o M.Korbmacher, Stephanweg 24, 48155 Münster, Tel.: +49-(0)251-3834462, redaktion@argument.de